

Präsident Hollande verspricht šMoralisierungs-Schockō

Minister müssen Vermögen offen legen. Aber 77 Prozent der Franzosen halten Politiker für šeher korruptō.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Durch einen šMoralisierungs-Schockō will die Frankreichs sozialistische Staatsführung um Francois Hollande wieder Oberwasser gewinnen. Die verheerende Affäre um den Steuerbetrug des Ex-Budgetministers, Jérôme Cahuzac, soll durch vollständige Transparenz bezüglich der Besitztümer der Politiker und eine Verschärfung der Anti-Korruptionsgesetze wettgemacht werden.

Sämtliche Regierungsmitglieder, soviel steht schon fest, werden mit gutem Beispiel vorangehen und bereits kommenden Montag auf der Homepage der Regierung ihre Vermögensverhältnisse offen legen müssen. Bisher war nur der Staatschef zur Veröffentlichung seines Vermögens verpflichtet. Die Minister und Parlamentarier mussten zwar auch eine Vermögens-Erklärung abgeben, diese wurde aber von einer Kommission unter Verschluss gehalten. Wobei besagte Kommission keinerlei Nachprüfungen vornehmen konnte. In Zukunft sollen diese Erklärungen veröffentlicht, kontrolliert und bei Falschangaben scharf geahndet werden.

Vier Regierungsmitglieder sind bereits vorgeprescht. So outete sich die grüne Ministerin für Wohnbau, Cécile Duflot, als Inhaberin eines Hauses im Wert von 168.000 Euro und eines Renault-Twingo. In Anbetracht dieser eher bescheidenen Vermögenswerte sind andere Regierungsmitglieder über diese Offenlegungsgebote weniger begeistert, auch wenn sie sich in der jetzigen Situation nicht mehr dagegen stemmen können. Einige Minister gelten als besonders wohlhabend nicht zuletzt auf Grund von Erbschaften oder Heiraten und fürchten den Kontrast zu ihren weniger reichen Kollegen in der Linksregierung. Außerdem lavieren Frankreichs Sozialisten zwischen gelegentlichen Kampfansagen gegen die Privilegien der Reichen und einem sozialliberalen, durchaus Unternehmer-freundlichen Kurs.

In der bürgerlichen Opposition sind freilich ähnliche Spannungen spürbar: ein junger Hoffnungsträger der rechtsliberalen UMP, ihr Vizechef Laurent Wauquiez, ließ sich mit seiner Frau vor dem bescheidenen Reihenhaus ablichten, für das er noch immer einen Kredit abzahlt, und forderte štotale Transparenz nach skandinavischem Vorbildō. Daraufhin offenbarte auch Ex-Premier Francois Fillon sein Besitzstand (ein Familienhaus, Sparguthaben von weniger als 100.000 Euros, zwei zehn Jahre alte PKWs) bei einem TV-Interview. Sein innerparteilicher Rivale, UMP-Vorsitzender Jean-Francois Copé, sieht das anders: er wettet gegen šVoyeurismusō und ortet bei Hollande einen šheuchlerischen Versuch von der Affäre Cahuzac abzulenkenō.

Vor allem warnt Copé vor einem Verbot für Parlamentarier, während ihres Mandats einem anderen Beruf nachzugehen. Ein derartiges Verbot wurde bereits mehrfach erwogen, um Interessenskonflikte zwischen dem öffentlichen Mandat und persönlichen Geschäftsinteressen

zu vermeiden. Im Visier stehen vor allem jene dutzenden Abgeordneten, die ó so wie Copé selber ó als Geschäfts-Anwälte oder als Leiter von Consultingfirmen tätig sind. Ein derartiges, wenn auch temporäres Berufsverbot würde aber die Zahl der Selbständigen, die bereits im Parlament unterrepräsentiert sind, noch mehr verringern, was nicht nur von Coppé kritisiert wird.

Hollande will jetzt auch gegen Mandatare, die wegen Korruption oder Amtsmissbrauch verurteilt wurden, ein allgemeines Verbot für eine Wiederkandidatur zu verhängen ó ein Vorschlag, der bei Verfassungsrechtlern auf Kritik stößt.

STEUERPARADIES ÖSTERREICH. Nachdem aber Cahuzac wegen seiner illegalen Konten in der Schweiz und Singapur gestraucht ist, wird jetzt auch wieder verstärkter Druck auf Steuerparadiese namentlich in Europa angekündigt. Medien in Frankreich erwähnen diesbezüglich, unter anderem, den anhaltenden Widerstand Österreichs gegen den Informationsaustausch innerhalb der EU ó auch wenn es sich bei der Alpenrepublik nicht um die geläufigste Anlaufstelle für französische Steuerflüchtlinge handelt.

In Regierungskreisen fürchtet man freilich täglich weitere Enthüllungen der Medien über Auslandskonten von Ministern. Untermalt wird die Situation durch eine jüngste Umfrage, wonach 77 Prozent der Bevölkerung die Politiker für šeher korruptō halten und nur 22 Prozent als šeher ehrlichō einstufen.